

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 1

Artikel: Das italienische Nord-Süd-Problem
Autor: Koppel, Helga
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338216>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das italienische Nord-Süd-Problem

Kürzlich fand wieder einmal eine Konferenz über das Nord-Süd-Thema statt, veranstaltet vom Club TURAM und der Olivetti-Stiftung. Ihr Ziel, so wie das unzähliger anderer, die über die gleichen Probleme abgehalten wurden: Vorschläge auszuarbeiten, um die sich immer mehr erweiternde Kluft zwischen dem industrialisierten Norden und dem rückständigen Süden des Landes zu schliessen. In diesem Jahr sind auch in Italien die Reichen reicher, die Armen ärmer geworden. Die Zuwachsrates für den Süden war diesmal die geringste seit zehn Jahren: 5,4 Prozent im Gegensatz zu den 6,8 Prozent im Norden und den 5,7 Prozent im Zentrum des Landes.

Um die Gründe für diese Tatsache zu verstehen, genügt es, das Stichwort «Kolonialismus» zu geben. Alle bisherigen Regierungen der appeninischen Halbinsel, sowohl die fremden wie die eigenen, haben in den Gebieten südlich Roms und den Inseln Sizilien und Sardinien nichts anderes als Kolonien gesehen, die den eigenen Reichtum mehren sollten. Die Methode hierfür ist alt und einfach: man beutet das materielle und menschliche Potential aus und lässt die Strukturen der betreffenden Gebiete in einem Feudalsystem verharren, das eine solche Ausbeutung möglich macht. Daran hat sich auch nach der Gründung des geeinten Italien 1861 nicht viel geändert. Die aufblühende Industrie des Nordens in dem Dreieck zwischen Mailand, Turin und Genua nahm sich aus dem Süden, was sie brauchte – in erster Linie billige Arbeitskräfte, aber auch natürliche Bodenschätze. Und während sich das bis dahin rückständige Italien im Norden schnell mittel- und nordeuropäischen Ländern anglich, fiel der Süden immer mehr in Armut und in die Abhängigkeit des Nordens zurück. Die einstige «Kornkammer Sizilien» mit ihrem fruchtbaren Boden und dem günstigen Klima bezieht heute mehr als 50 Prozent aller Lebensmittel und sämtliche Gebrauchsgüter aus dem Norden. Der Grossgrundbesitz, der nach 1945 durch eine Bodenreform nur unwesentlich eingeschränkt wurde, kann es sich wegen seiner riesigen Verdienste leisten, einen Teil des Bodens nicht zu bebauen. Er, die örtlichen Verwaltungsstellen mit ihren bürokratischen Privilegien sowie Bau- und Bodenspekulanten profitieren von einem Kolonialsystem, das immer und überall einer kleinen örtlichen Oberschicht gewisse Anteile am Verdienst der Kolonialherren belassen hat.

Unlängst fand in Rom eine Sitzung über das Valle Bellice statt, jenes Gebiet, das ein Jahr zuvor von einem Erdbeben nahezu völlig zerstört wurde. Teilnehmer der Zusammenkunft waren ein Mitarbeiter des Danilo-Dolci-Zentrums (Dolci, der bekannte Sozialreformer, hat bereits vor vielen Jahren ein Zentrum zum Studium der Entwicklung Westsiziliens gegründet), ein Senator, der besondere Sachkenntnisse über den Süden besitzt, mehrere Wirtschaftler, Städteplaner und Rechtsanwälte. Lorenzo Barbera,

der Mitarbeiter Dolcis, erläuterte die Situation. Man habe die Aufbaupläne der Regierung studiert und sie als völlig untauglich befunden. Nicht nur, dass man die Dörfer an ihrer alten Stelle wieder errichten wollte, wo man bisher nichts anderes als Emigranten produziert habe – nein, ein umständliches System würde dahin führen, dass jeder geschädigte Bauer frühestens in sieben Jahren Geld für sein zerstörtes Haus und Terrain erhalten würde. Das Dolci-Zentrum sei dabei, einen Gegenplan auszuarbeiten, um erstens wenigstens einen Teil der Dörfer zusammenzufassen und ringsumher Voraussetzungen für rentable Landwirtschaft und kleine Industriebetriebe zu schaffen. Zweitens wolle man ausserdem verhindern, dass sich die staatlichen Verwaltungsstellen für den Aufbau wieder so selbständig machen wie nach dem Erdbeben von Messina 1906: Erst vor kurzem wurde in Rom ein Büro geschlossen, das sich mit der Bearbeitung der Schadenfälle beschäftigt hatte! Barbera verglich in seinem bitteren Bericht das Kolonialsystem mit einem «Monstrum», das aus dem Süden unentwegt Güter herausaugt. In den letzten 20 Jahren allein 24 Milliarden Lire an «Menschenkapital», wenn man bedenkt, dass in jeden Menschen, selbst in einen Südtaliener, von der Gesellschaft gewisse Summen investiert werden, die er ihr später durch seine Arbeitskraft wieder einbringen sollte. Im Süden aber verläuft es anders: ein Emigrant verdient im Norden sein Geld, gibt dort einen Teil für sich selbst aus und schickt den Rest nach Hause. Auch dieser Teil fliesst wieder in die Kassen des Nordens, da ja nahezu alle Konsumgüter und mehr als die Hälfte der Lebensmittel von dort kommen. Barbera: «Es ist ein gesetzlich geregelter Raub der Reichen an den Armen – das alte Struktursystem aller unterentwickelten Länder.»

Die kleinen landwirtschaftlichen Kooperativen und die wenigen kleinen Industriebetriebe haben sich gegenüber der nördlichen Konkurrenz nur selten halten können. Sicher: sowohl die private als auch die staatliche und halbstaatliche Industrie errichten Nebenbetriebe im Süden. Aber wie sieht das praktisch aus? Es sind isolierte Unternehmungen, die ihre hochbezahlten Techniker und Spezialarbeiter aus dem Norden mitbringen und nur relativ wenige Arbeitskräfte aus dem Süden absorbieren. Eine organische Planung der Entwicklung einer gesamten Zone, in der der neue Betrieb entsteht, gibt es so gut wie gar nicht. Dafür stellen die örtlichen Gemeinden und Provinzen die Gelder für Strassen, Gas- und elektrische Leitungen zur Verfügung – und der Verdienst des Werkes fliesst wieder in den Norden. Der Volksmund des Südens hat diese Werke treffend «Kathedralen der Wüste» genannt.

Auch die Landwirtschaft bietet kein rosiges Bild. Von dem profitabel wirtschaftenden Grossgrundbesitz war bereits die Rede. Zumindest *ein* Grund für seine Profite liegt wiederum im Vorhandensein vieler und billiger Arbeitskräfte. In den kleinen südlichen Städten gibt es nach wie vor den «Markt der Landarbeiter». Diese Arbeiter werden von Anwerbern tageweise unter Umgehung der gewerkschaftlich festgesetzten Tarife be-

schäftigt. Im Morgengrauen finden sich auf den Plätzen Gruppen von arbeitsuchenden Männern und Frauen zusammen – auch Kinder sind nicht selten darunter! –, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen suchen. Die Anwerber wählen sich ihre Kandidaten nach der Beschaffenheit der körperlichen Statur aus und zahlen Spottpreise, etwa 2000 Lire (15 DM) täglich. Wer mag sich dem widersetzen, wenn er tage- und wochenlang überhaupt keine Arbeit fand und zu Hause viele hungrige Mäuler auf wenigstens eine Mahlzeit warten? Aber auch die Bauern, denen man Land zugeteilt hat, ringen schwer um ihre Existenz. Man unterliess es, sie mit den notwendigen modernen Mitteln auszustatten, die eine rentable Bearbeitung des Bodens erlauben. So schlingern sie ständig am Rand des Ruins dahin, bedrängt von der Konkurrenz der modernen Landwirtschaft des Nordens. Ein einziger Frost kann in ihrer prekären Lage zum völligen Ruin führen – und wieder sind Hunderte oder auch Tausende von Bauern zur Emigration gezwungen.

Selbst die Förderung des Tourismus hilft den Südtalienern wenig. Beispielhaft hiefür ist das Feriendorf *Valtur*, das auf einer Kalabrien vorgelegerten Insel entstand. Das Land gehörte einem Grossgrundbesitzer, der mächtige Finanziers fand: *Fiat*, *Alitalia*, *Esso*, die Bank von Neapel und andere finanzstarke Gruppen. Das Feriendorf beschäftigt 140 Angestellte, davon aber nur 30 Inselbewohner, und die auch nur in untergeordneten Arbeiten, wie als Geschirrspüler, Badewärter und Gepäckträger, zu einem Monatslohn von durchschnittlich etwa 200 DM. Die übrigen Einwohner bekommen die Feriengäste, die in ihrer komfortablen Enklave leben, selten zu sehen.

Nun gibt es zwar eine staatliche Entwicklungshilfe für den unterentwickelten Süden in Form der «Kasse für den Süden». Sie wurde gleich nach dem Krieg gegründet, um die finanzielle Hilfe vom alten bürokratischen Apparat zu lösen und flüssig zu gestalten. Tatsächlich schlug dieser Versuch aber ins Gegenteil um: die Mittel, die vom Staat bewilligt werden, fliessen nur sehr langsam und werden zu grossen Teilen von der Kasse zurückbehalten. In wessen Taschen sie zuletzt wirklich landen – das bleibt meist im Dunkeln und wird auch nicht durch Skandalprozesse, die sich ewig hinziehen, wesentlich erhellt.

Was also wäre zu tun, um dieser anscheinend endlosen Sackgasse ein Ende zu bereiten? Notwendig wären wirklich tiefgreifende Strukturreformen, die die alte Achse der Macht verschieben. In erster Linie eine Bodenreform, die Hand in Hand mit Massnahmen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen geht. Es müssten Grossanbauflächen zusammengefasst werden, die den örtlichen Gegebenheiten Rechnung tragen. Hierbei kann es sich nur um sorgfältig ausgeführte Planungsarbeit handeln, wozu die Entsendung von entsprechend gut bezahlten Fachkräften auf längere Zeit notwendig wäre. Bei der industriellen Entwicklung sollten die grossen Industriegruppen, die zu investieren bereit sind, angehalten werden, für die Gebiete, in

denen sie ihre Betriebe errichten wollen, gleichzeitig eine Aufbauplanung für die wirtschaftliche, technische, soziale und städtebauliche Entwicklung zu liefern. Zudem wäre eine logische Zusammenfassung aller bereits vorhandenen und geplanten Industrieprojekte nötig, mit dem Ziel, die natürlichen Quellen des Landes planmässig auszunutzen. Vordringlich sollte hierbei immer die Frage der Arbeitsplatzbeschaffung sein. Die bisherige Konjunkturpolitik der grossen Industriegiganten mit ihren Konzentrations- und Rationalisierungsmassnahmen hat zwar im ganzen das Einkommen der Italiener gehoben, aber nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen. Ihre Zahl ist zwischen 1967 und 1968 sogar etwas zurückgegangen. Beispielhaft ist das Verhalten von Italiens grösstem Privatbetrieb, der Fiat. Vor wenigen Monaten hat sie angekündigt, in absehbarer Zeit wieder 15 000 bis 20 000 Arbeitskräfte aus dem Süden aufnehmen zu wollen. Das bedeutet, dass in kurzer Zeit abermals 60 000 bis 70 000 Menschen ihre südliche Heimat verlassen und nach Turin übersiedeln. Turin aber ist seit langem eine Stadt, die aus ihren Nähten platzt und kontinuierliche Hilferufe nach Rom sendet, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Der rasant wachsenden Stadt fehlt es an Wohnungen, Strassen, Schulen und Krankenhäusern. Dafür entstehen an ihren Rändern wild wachsende Elendsgebiete mit Baracken, die von den Emigranten selbst notdürftig errichtet werden. Die Bodenpreise aber klettern auf Grund einer nahezu unkontrollierten Boden- und Bauspekulation in phantastische Höhen. Die Ausbeutung des Südens hat also auch auf den bisher so vorbildlich organisierten Norden katastrophale Wirkungen.

Das Bild des alten italienischen Nord-Süd-Problems wäre dennoch unvollkommen gezeichnet, wollte man eine völlig neue Komponente vergessen, die gerade in den letzten zwei Jahren auf den Plan getreten ist: die Haltung der Bevölkerung des Südens. Bisher hatten Elend und Ausweglosigkeit die Menschen lethargisch gemacht, nahm man Ausbeutung, Erpressung und Korruption der «Oberen» nahezu widerstandslos hin. Zwar entlud sich der Zorn hin und wieder in Landbesetzungen durch besitzlose Bauern, wurden periodisch immer wieder Rathäuser angezündet, aber derlei Aktionen blieben mehr oder weniger in isolierten Ausbrüchen stecken und führten nicht zu gezielten Forderungen und Kämpfen. Selbst die klassischen revolutionären Arbeiterparteien hatten es bisher schwer, im Süden wirksame Kader aufzubauen, und scheiterten immer wieder an der Mauer von Unwissenheit, Lethargie und Aberglauben. Hiezu kommt die allorts vorhandene Angst vor der Mafia, der grössten Verbrecherorganisation der Welt, die eng verfilzt ist mit den örtlichen Verwaltungsstellen, der Polizei, der Justiz, den Banken, den reaktionären Parteien und selbst mit der Kirche. Ihr Interesse ist es, die bestehenden Verhältnisse zu erhalten und jeden Fortschritt zu bremsen – wenn Not, auch mit Gewalt und Mord.

In den beiden letzten Jahren hat sich das merkbar geändert. Die Lethargischen sind aufgewacht, hören und sehen die grossen Massenbewegungen

ihrer Landsleute im Norden, lernen Zusammenhänge zu verstehen und einzusehen, dass eine Änderung ihrer unwürdigen Lebensumstände nur durch sie selbst zu erzwingen ist. Den Arbeiterparteien und Gewerkschaften gelingt es nun immer mehr, auch im Süden grosse Streiks und Demonstrationen zu organisieren. Auf dem Land beginnt man auf breiter Basis die Probleme zu diskutieren und Lösungen zu finden. In Hunderten von Diskussionen über Anbaumöglichkeiten, Wasserbeschaffung, Städteplanung, technische und kulturelle Erneuerung werden unter der Bevölkerung Interessen geweckt und Kräfte freigelegt, die bisher nur reagierten und nie selbst agierten. Heute macht sich immer mehr die Einsicht Platz, dass die Probleme des Südens nicht ohne grundlegende Änderung der gesamten italienischen Wirtschafts- und Sozialpolitik gelöst werden können. Ein sehr wesentlicher Erfolg dieser neuen Haltung der Bevölkerung des Südens war in diesem Jahr die Durchsetzung der schrittweisen Aufhebung der geographisch bedingten Lohnzonen, das heisst in wenigen Jahren wird jeder Arbeiter im Süden den gleichen Lohn wie sein Kollege im Norden erhalten. Und im diesjährigen «heissen Herbst» hat sich gezeigt, dass für die grundlegende Änderung der Sozialpolitik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung in Palermo Massendemonstrationen ebenso stattfinden können wie in Mailand und Turin.

Und nur durch diese neue Bewusstseinsbildung können auf breiter Basis «von unten» ausschlaggebende Impulse kommen, die die Regierung veranlassen, endlich wirkungsvolle Massnahmen zur Schliessung der schon klassischen Kluft zwischen Norden und Süden des Landes zu ergreifen.

Literatur

Der Aufstieg aus dem Getto

James Baldwin, «*Sag mir, wie lange ist der Zug schon fort*». Roman, Rowohlt-Verlag, Reinbek bei Hamburg, 1969.

Jedes Werk von James Baldwin verdient gespannte Aufmerksamkeit, denn er ist einer der bedeutendsten Sprecher der farbigen Minorität in den USA. Sein neuer Roman eröffnet zwar keine tieferen Einsichten in den amerikanischen Rassenkonflikt und ist von Klischees durchsetzt, aber als authentisches Zeugnis des individuellen Leidens an den bestehenden Verhältnissen bietet er mehr als blosser Unterhaltung. Baldwin beschwert sein erzählerisches Werk nicht mit theoretischen Erörterungen: er versteht es, was heute keine Selbstverständlichkeit mehr ist, im konkreten Geschehen die Probleme seiner Zeit darzustellen. Daher zeigt eine das Wesentliche hervorhebende Inhaltsangabe, worum es dem Autor geht: